

Der Grenzboten.

Tageblatt und Anzeiger

für Adorf und das obere Vogtland

Der Grenzboten erscheint täglich mit Ausnahme des den Sonntagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlsbar, 1 Mk. 20 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Ausrägern des Blattes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gespaltene Grundzelle oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf. Fernsprecher Nr. 14. Hierzu Sonntags die illustr. Gratisbeilage „Der Zeitspiegel“. Fernsprecher Nr. 14.

Nr. 68.

Mittwoch, den 22. März 1905.

Jahrg. 70.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung vom 20. März 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Einem, Freiherr von Stengel. Der Reichstag befaßte sich heute mit der zweiten Lesung der neuen Heeresvorlage. Nach den Kommissionsbeschlüssen wird die Friedensstärke des Heeres vom 1. April 1905 in der Weise erhöht, daß im Jahre 1909 die Zahl von 505 839 Gemeinen und Gefreiten erreicht ist. Diese Präsenzstärke bleibt bis 1910. Die Mehrkosten werden durch Erhöhung der Militärbeiträge aufgebracht. 2000 Dekonomiearbeiter werden durch Zivildandwerker ersetzt. Die Vorlage fand eine im ganzen sehr günstige Aufnahme. Als Gegner bekannten sich nur die Abgg. Bebel (Soz.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.), die eine Vermehrung der Friedenspräsenz bei der gegenwärtigen politischen Lage nicht für notwendig hielten und sich insbesondere gegen eine Vermehrung der Kavallerie aussprachen. Hingegen betonen die Abgg. von Normann (konf.), Graf Oriola (nl.) und Dr. von Tiedemann (Rp.), daß sie den in der Kommission vorgenommenen Abstrichen nur schweren Herzens zustimmen, daß sie aber die Wiederherstellung der Regierungsvorlage nicht beantragen wollen, nachdem sich die Regierung mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden erklärt habe. Abg. Dr. Spahn (Zentr.) rechtfertigte seine zustimmende Haltung mit Hinweisen auf die jetzige Regelung der Kostenfrage und die Verminderung der Dekonomiehandwerker. Auch die Abgg. Dr. Bödler (D. Resp.), Schrader (fr. Vgg.) und Liebermann von Sonnenberg (wirtsch. Vgg.) traten für die Kommissionsbeschlüsse ein, und so wurde der Entwurf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgte die zweite Lesung des Entwurfs über die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. (Bei den berittenen Truppenteilen bleibt die dreijährige Dienstzeit bestehen.) Dazu lagen sozialdemokratische Anträge vor, nach denen die zweijährige Dienstzeit für alle Truppenteile gelten und außerdem die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst beseitigt werden soll. Hingegen fordert eine Resolution der freisinnigen Volkspartei eine Neuregelung der beim einjährig-freiwilligen Dienst vorgesehenen Bedingungen. Nach der Begründung der Resolutionen durch die Abgg. Dr. Südekum (Soz.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.) erklärten sich die Abgg. Gröber (Zentr.), von Normann (konf.) und Graf Oriola (nl.) gegen die Resolutionen, während Abg. Liebermann von Sonnenberg (wirtsch. Vgg.) für Abschaffung des Vorrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes eintrat. Schließlich wurde der Entwurf unter Ablehnung der Resolutionen angenommen. Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung. Schluß nach 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Berlin, 20. März. Kaiser Wilhelm wird gelegentlich der Mittelmeerreise, die er Mitte dieser Woche anzutreten gedenkt, auch der marokkanischen Hafenstadt Tanger einen Besuch ablegen. Bei den internationalen Verhandlungen, die wegen der Zukunft dieses Sultanats schon seit vielen Monaten im Gange sind, und die gerade jetzt an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt zu sein scheinen, erregt die Absicht des Kaisers natürlich allenthalben großes Aufsehen. Aus Tanger, 20. März, wird hierzu gemeldet: Die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm am 31. März hier eintreffen wird, verursacht unbeschreiblichen Enthusiasmus. Deutsche, Marokkaner, Juden, Spanier planen großartige Ovationen. Schon jetzt sind verschiedene Kommissionen ernannt worden, die für die Ausschmückung der Straßen sorgen sollen. Der in Tanger residierende marokkanische Minister des

Auswärtigen handte gestern seinen Kabinettschef mit Begleitung nach Fez ab, um dem Sultan von den für den Besuch Kaiser Wilhelms getroffenen und noch zu treffenden Vorbereitungen Kenntnis zu geben. Der Landungsplatz und das Zollhaus erhalten Schmuck, die Elite der Deutschen von Tanger, Larusch, Marakech, Casablanca und anderen Städten werden zum Empfang erscheinen. Daß dem Kaiserbesuch unter den gegenwärtigen Umständen eine politische Bedeutung beizulegen ist, wird gewiß von keiner Seite bestritten werden, zumal man schon seit der vorigen Woche wußte — seit Graf Bülow im Reichstag erklärte, er wolle sich vorbehalten, auf die marokkanische Frage zurückzukommen — daß Deutschland an den Verhandlungen in Tanger mehr als zuvor beteiligt ist. Wenn aber heute die Londoner Times sich so stellt, als sei die Mission des französischen Spezialgesandten an den Hof des Sultans bereits gescheitert, und als finde sie es ganz in Ordnung, wenn Deutschland alle Anstalten treffe, um nun seinerseits die Vorherrschaft in Marokko anzutreten, so kann diese ungewöhnliche Lebenswürdigkeit des Cityblattes hier nur mit einem Lächeln aufgenommen werden. Der Korrespondent der Times telegraphiert aus Tanger: Das Scheitern der französischen Mission in Fez und die Annäherung zwischen Deutschland und Marokko werde täglich mehr offenkundig. Die deutschen Handelsinteressen in Marokko seien von großer Bedeutung und es sei eine Lebensfrage für sie, daß der status quo gewahrt werde. Deutschland habe ein volles Recht, dort eine unabhängige Politik zu betreiben. Ob mit oder ohne Absicht, gab der französische Gesandte dem Sultan zu verstehen, daß er nicht nur Frankreich, sondern praktisch ganz Europa vertritt. Der Sultan ließ sofort nach der Konferenz, bei welcher dies geschah, den deutschen Konsul rufen und bat um Aufklärung darüber. Nachdem die Sache an die deutsche Regierung verwiesen war, erwiderte diese, daß Deutschland nicht nur nicht an irgendwelchem Uebereinkommen beteiligt sei, sondern deren Existenz offiziell ignoriere und überdies entschlossen sei, darauf zu halten, daß die Integrität Marokkos gewahrt bleiben solle. Deutschland sei hierin sicher in seinem Rechte, und das Resultat wäre, daß Deutschlands Einfluß jetzt in Marokko vorherrschend sei, während der nächsten Monate dürften Verwicklungen entstehen, und es würden sich mehr Mächte an der marokkanischen Frage interessieren, als man gewöhnlich annehme. Die Absicht Kaiser Wilhelms, Tanger zu besuchen, verurteile die äußerste Genugtuung in Eingeborenenkreisen.

Berlin, 20. März. Zu den Meldungen über den bevorstehenden Besuch durch Kaiser Wilhelm und die Auslassungen der „Times“ über den Mißerfolg der französischen Mission in Fez und die deutsch-marokkanische Annäherung schreibt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“: Wir können bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der Kaiser bereits vor Jahresfrist in Vigo während der Zusammenkunft mit dem König von Spanien rückhaltlos erklärt hat, daß Deutschland in Marokko keine territorialen Vorteile irgendwelcher Art erstrebt, sondern nur für die Fortdauer der wirtschaftlichen Gleichberechtigung zutreten hat. Bis heute haben wir keinen Anlaß, zu vermuten, daß der Sultan von Marokko Verpflichtungen einzugehen beabsichtigt, die seine Unabhängigkeit beschränken und die ihn künftighin verhindern würden, allen Handel treibenden Völkern auf seinem Gebiete die gleiche Behandlung zu teil werden zu lassen. Uebrigens bringt die Lage von Marokko es mit sich, daß bei dieser Frage die Interessen des Weltverkehrs in Betracht zu ziehen sind.

Berlin, 20. März. Der preussische Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, ist im Alter von 62 Jahren plötzlich an Herzschwäche, die durch asthmatische Beschwerden hervorgerufen worden war, gestorben. Es ist seit absehbarer Zeit überhaupt nicht vorgekommen, daß ein preussischer Minister mitten in seiner Amtstätigkeit durch den Tod abberufen wurde. Der Berewigte trat bei dem letzten großen Ministerkabinett in Preußen am 6. Mai 1901, der auch den Minister von Miquel zur Strecke brachte, als Minister des Innern an die Stelle des Freiherrn von Rheinbaben, der das Finanzministerium übernahm und es heute noch verwaltet. Freiherr von Hammerstein war vorher Bezirkspräsident in Metz gewesen und hatte sich dort mannigfache Sympathien zu erwerben verstanden.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll das französische Mittelmeergeschwader nach einer vom Marineminister im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußeren getroffenen Entscheidung Ende April eine längere Kreuzfahrt längs der algerischen und tunesischen Küste unternehmen und sodann mehrere italienische Häfen, insbesondere Genua, Neapel und Messina anlaufen. Es sollte ursprünglich auch diesmal eine alljährliche Uebungsfahrt nach der Levante unternehmen; doch hält die Regierung dies nicht für zweckentsprechend. Diese Geschwaderfahrt soll wohl die Ziele der französischen Politik in Marokko rascher fördern, als es die eifrigsten Verhandlungen zu tun vermöchten.

Vor dem Militärbezirksgericht zu Petersburg ist am Sonnabend unter dem Vorsitz des Generals Baron v. Osten-Sacken die dreitägige Verhandlung in dem Prozeß gegen die wegen der Katastrophe bei der Wasserweiche angeklagten Offiziere zu Ende geführt worden. Das Urteil lautet gegen die Kommandeure der ersten Batterie der 1. Leibgarde-Artillerie-Brigade, die Kapitane Dawydow und Karzew und den Unterleutnant Roth II wegen Unterlassung dienstlicher Obliegenheiten, auf Verlust gewisser Vorrechte, zur Dienstentlassung ohne Verlust des Ranges und auf folgende Bestrafungen: Dawydow einundehalb Jahre, Karzew 1 Jahr 5 Monate, Roth II 1 Jahr 4 Monate. Außerdem wurden verurteilt Roth I zu 3 Monaten Arrest auf der Wache und Einschränkung gewisser Vorrechte, der Geschützführer Gondarow und der Kanonier Alpakow zum Verlust gewisser Vorrechte und Einstellung in das Arrestantenbataillon auf 2 Jahre. Oberstleutnant Polowzew und der Geschützführer Patrikejew sind freigesprochen worden.

Petersburg, 20. März. Die Geheimpolizei entdeckte in Moskau ein unter der Ägide des Londoner revolutionären Komitees stehendes Komplott. 30 Personen wurden unter dem Verdachte, diesem Komplott anzugehören, verhaftet. Auch wurde ein geheimes Bombendepot sowie Waffen jeder Art mit Beschlag belegt. Außerdem entdeckte die Polizei eine Geheimdruckerei, in der zwei Pressen, Schreibmaschinen und Korrespondenzen aufgefunden wurden. Letztere gewährten wichtige Einblicke in die Tätigkeit des revolutionären Komitees und die Vorbereitungen zur Ermordung des Großfürsten Sergius.

Petersburg, 20. März. Hier macht sich neuerdings eine Bewegung bemerkbar, die darauf hinzielt, den Zaren zu veranlassen, den Krieg gegen Japan als einen „heiligen“ zu erklären. Dadurch sollen die außerordentlich reichen Klöster zur Hergabe ihrer Schätze bewogen werden. Das Gesamtkapital der Klöster wird auf sieben Milliarden Rubel geschätzt, von denen allein das Troitse-Kloster bei Moskau einundehalb Milliarden an Preziosen stellen könnte, so daß